

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XX
Einleitung .....	1
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse .....	1
1. Das Beihilfenrecht – eine „terra cognita“ ohne abgeschlossene Kartographie.....	1
2. Die Beihilfenproblematik – ein „weites Feld“ im Widerstreit der Interessen .....	3
II. Aufbau und Methodik der Untersuchung .....	5
III. Terminologie: Subvention – Beihilfe – Subsidie .....	6

## 1. Teil

### Das Subsidienwesen im Spannungsfeld von ökonomischer Rationalität und staatlichem Gestaltungsanspruch

Kapitel 1: Intervention und Subvention als erkanntes Problem .....	10
A. Das Subventionswesen in der Kritik.....	10
I. Einzelne Kritikpunkte am Subventionswesen .....	11
1. Subventionierung als Eingriff in den Marktprozeß .....	11
2. Die ambivalente Haltung der Entscheidungsträger .....	12
3. Das Subventionsdilemma – die Ausnahme als Regel.....	13
4. Begegnung der Subventionskritik durch internationale Kontrollinstrumente .....	14
II. Rückwirkungen auf den Untersuchungsgegenstand .....	15
1. Die grundsätzliche Anerkennung der Subventionskritik als gerechtfertigt – ein „Vor-Urteil“ als Ausgangspunkt der Untersuchung .....	15
2. Die Scheidung von Problematischem und Unproblematischem.....	17
3. Die Konzentration auf die problematischen Randbereiche.....	17
B. Intervention und Subvention als „unbekanntes“ Faktum .....	18
I. Der „intervenierende“ Staat als volkswirtschaftliche Realität.....	18
II. Die Erfassung staatlicher Interventionstätigkeit.....	19
1. „Subventionen“ in der Statistik.....	19
2. Probleme der Quantifizierung und Qualifizierung staatlicher Intervention.....	21
III. Rückwirkungen auf den Untersuchungsgegenstand .....	22

## Kapitel 2: Grundtatsachen und Grundfragen des Subsidienwesens ..... 23

A. Subsidien in der Wirtschafts- und Wirtschaftstheoriegeschichte .....	23
I. Das historische Erkenntnisinteresse.....	23
II. Die Entwicklung bis in die frühe Neuzeit .....	24
III. Das 17. bis 19. Jahrhundert – Merkantilismus und Liberalismus.....	27
1. Der Merkantilismus.....	27
2. Der Liberalismus .....	28
IV. Vom 19. Jahrhundert bis heute .....	31
1. Wirtschaftlicher Fortschritt und die „soziale Frage“ .....	31
2. Abkehr von der liberalen Wirtschaftspolitik.....	32
3. Die Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg .....	33
4. Die Nachkriegszeit.....	34
V. Zusammenfassung und Bewertung.....	35
B. Subsidien unter staats- und rechtstheoretischen Gesichtspunkten .....	37
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse.....	37
II. Subsidien als Legitimitätsproblem .....	38
1. Der „richtige“ Sollensmaßstab bzw. das „tertium comperationis“ .....	38
2. „Juristischer“ und „ökonomischer“ Ansatz .....	39
3. Die Legitimation staatlichen Handelns in der offenen Gesellschaft .....	42
4. Legitimationsprobleme des Subsidienwesens nach dem Referenzmodell der „offenen Gesellschaft“ .....	46
III. Subsidien als Gleichheitsproblem .....	49
1. Gleichheit als Gesellschafts-, Rechts- und Wettbewerbsproblem .....	49
2. Verteilung und Ausgleich.....	50
IV. Subsidien als Freiheitsproblem .....	54
1. Subsidien als Eingriff in die Freiheit des Einzelnen?.....	54
2. Subsidien als Gefährdung der privaten Sphäre .....	55
V. Der Einzelne und die Gemeinschaft – das Subsidiaritätsprinzip.....	57
1. Das Subsidiaritätsprinzip als vorrechtliches Strukturprinzip.....	57
2. Das Subsidiaritätsprinzip als Kompetenzverteilungs- und Beweislastregel .....	58
VI. Zusammenfassung.....	59

## Kapitel 3: Subsidien als Instrument staatlicher Gestaltung und wirtschaftlicher Lenkung..... 61

A. Subsidien in der „Mechanik“ staatlicher Herrschaft.....	61
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse.....	61
II. Subsidien und staatliche Ziele .....	62
1. Das Ziel als Legitimationsgrundlage staatlicher Herrschaft .....	62
a) Mittel und „Zweck“ .....	62
b) Ziele und Kompetenzen .....	63
2. „Zielppluralismus“.....	64
a) Zielformulierung und Zielbindungen .....	64
b) Ziel-Interdependenzen, „Zielpyramiden“ .....	64
c) Das Erkenntnisproblem vorgeblicher und tatsächlicher Ziele .....	65
3. Die strukturelle „Asymmetrie“ mitgliedstaatlicher und europäischer Zielsysteme .....	66
III. Subsidien und deren Wirkung.....	66
1. Ziel und Wirkung .....	66

2. „Wirkungsppluralismus“ .....	67
IV. Die Verknüpfung von Ziel, Mittel und Wirkung – der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	68
1. Die Mittelauswahl .....	68
2. Die Bewertung des Mittels nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	70
V. Zusammenfassung .....	71
B. Subsidien zur Behebung von „Marktversagen“ .....	72
I. Untersuchungsgegenstand – der ökonomische Ansatz aus juristischer Sicht .....	72
II. „Marktversagen“ .....	72
1. Die Rolle des Staates aus ökonomischer Sicht .....	72
2. Wohlfahrtstheorien und Marktversagen .....	73
3. Ansatzpunkte für Marktversagen .....	74
a) Ermöglichung effizienter Allokation .....	74
b) Reduktion der Marktmacht .....	75
c) Bereitstellung von Kollektiv- bzw. öffentlichen Gütern .....	75
d) Bereitstellung meritokratischer Güter .....	76
e) Verstärkung von Marktschwankungen .....	76
f) Distributive Korrekturen .....	77
4. Stellungnahme .....	77
III. „Marktversagen“ versus „Staatsversagen“ .....	80
1. „Staatversagen“ .....	81
2. Ansatzpunkte für „Staatsversagen“ im Hinblick auf das Subventionswesen .....	81
a) Der Eigennutz der Politiker .....	81
b) Der Eigennutz der Bürokraten .....	82
c) Der Eigennutz der Interessengruppen .....	82
3. Stellungnahme .....	82
IV. Zusammenfassung .....	84
 Kapitel 4: Subsidien im Rahmen der verfassungsmäßigen Vorgaben .....	86
A. Das Verhältnis von Grundgesetz und Europarecht .....	86
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse – der „Vorrang“ des Europarechts .....	87
II. Die Grenzen des Vorrangs .....	88
1. „Grenzen“ der Integration aus mitgliedstaatlicher und europäischer Sicht .....	89
2. Die Grenze der Integration nach der Judikatur des Bundesverfassungsgerichtes .....	90
a) Die Weite der „Öffnungsklausel“ .....	91
b) Die Bestimmtheit der Zustimmungsgesetze und der zu übertragenden Kompetenzen .....	91
c) Die begrenzt zulässige Eigendynamik der Integration .....	92
III. Die Kontrolle der Integrationsgrenzen .....	92
IV. Zusammenfassung und Bewertung .....	93
B. Die grundgesetzlichen Vorgaben .....	94
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse .....	94
II. Spezifische Aussagen des GG zum Subsidienwesen? .....	96
III. Subsidien vor dem Hintergrund einer grundgesetzlichen „Wirtschaftsverfassung“ .....	98
1. Der „Streit um die Wirtschaftsverfassung“ .....	98
2. Stellungnahme .....	101

IV. Ein im GG angelegtes Regel-Ausnahme-Prinzip? .....	103
1. Ein Subsidiaritätsprinzip nach dem Grundgesetz? .....	103
2. Der grundgesetzliche Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	105
V. Subsidien vor dem Hintergrund einzelner grundgesetzlicher Vorgaben .....	107
1. Freiheit, Sozialstaatlichkeit und staatlicher Gestaltungsanspruch – mögliche Konfliktlagen .....	107
2. Freiheitsrechte als Subsidien-Abwehrrechte .....	110
3. Grundgesetzlich verbürgte subjektive Leistungsansprüche .....	111
a) Der Gleichheitssatz gemäß Art. 3 Abs. 1 GG .....	111
b) Grundrechte als Teilhaberechte .....	112
4. Das Sozialstaatsprinzip als objektivrechtlicher Gestaltungsauftrag an den Staat .....	113
a) Die Konkretisierung des Gestaltungsauftrags .....	114
b) Das Sozialstaatsprinzip als Integrationsschranke .....	114
c) Abgestufte Sozialpflichtigkeit im Bereich der „Daseinsvorsorge“ .....	115
α) „Minimalversorgung“ zur physischen Existenzsicherung .....	116
β) „Grundversorgung“ zur sozialen Existenzsicherung .....	116
γ) Der politisch gestaltbare Bereich der „Daseinsvorsorge“ .....	119
5. Subsidien nach dem demokratisch vermittelten Gestaltungsspielraum und Gestaltungsauftrag des GG .....	120
a) Das Demokratieprinzip als Legitimationsgrundlage staatlicher Gestaltung .....	121
b) Das Demokratieprinzip als Ausdruck der Volks- und Staatssouveränität und als Integrationsschranke .....	121
c) Die Volks- und Staatssouveränität als Schranke der Kompetenzübertragung .....	123
d) Die „absolute“ Integrationsschranke – „Aufgaben und Befugnisse von substantiellem Gewicht“ .....	124
e) Das Verhältnis von Gestaltungskompetenz und Beihilfenkontrollintensität .....	126
α) Abnehmende nationale und zunehmende europäische Legitimation .....	126
β) Kompetenz und Kontrollintensität .....	128
VI. Zusammenfassung .....	129
C. Die europäische Rechts- und Wirtschaftsordnung .....	130
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse .....	130
II. Die wirtschaftspolitische Grundentscheidung des EG-Vertrages .....	132
1. Der Grundsatz einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ .....	132
2. Die Relativierung des marktwirtschaftlichen Prinzips im EG-Vertrag .....	132
3. Die Verschiebung der Gewichte im Fortgang der Integration .....	134
III. Die Zielvorgaben des EG-Vertrages und deren Umsetzung .....	136
1. Marktfreiheit, -gleichheit und -einheit .....	136
2. Die europäische Handels- und Wettbewerbsordnung .....	137
a) Der „Gemeinsame Markt“ .....	137
b) Diskriminierungsverbot und Grundfreiheiten .....	137
c) Freiheitliche Wettbewerbsordnung oder Freihandelszone? .....	138
3. Die Stoßrichtung der Integration in der Gemeinschaftspraxis .....	139
a) Kontrolle, Harmonisierung oder aktive Gestaltung .....	139
b) Kontrolle („negative Integration“) .....	140
c) Koordination und Harmonisierung .....	140
d) Europäische Sachpolitik .....	142
α) Protektion und Freihandel .....	142

β) Distribution und Intervention im Inneren.....	144
IV. Gestaltungs- und Kontrollinstrumente in EG-Vertrag und Praxis.....	145
1. Die Gestaltungsinstrumente der Gemeinschaft.....	146
a) Rechtsetzung – Deregulierung, Regulierung und Überregulierung.....	146
b) Zölle.....	146
c) Gemeinschaftsbeihilfen.....	147
2. Die Instrumente zur Selbstkontrolle der Gemeinschaft.....	148
a) Institutionalisierte Interventionsbarrieren.....	149
b) Die Kontrolle in den allgemeinen Verfahren.....	150
α) Die europäische Legislative.....	150
β) Die Doppelrolle der Kommission.....	151
γ) Die europäischen Gerichte.....	151
δ) Der Europäische Rechnungshof.....	152
V. Zusammenfassung.....	153

## 2. Teil

### Analyse des geltenden und praktizierten Beihilfenverbots

#### Kapitel 1: Für das Beihilfenverbot wesentliche Strukturen und Prinzipien.....

A. Die Konzeption des Beihilfenaufsichtsrechts.....	156
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse.....	156
II. Die Außenstruktur des Beihilfenaufsichtsrechts.....	157
1. Die sachliche Anwendbarkeit.....	157
2. Das Verhältnis von Beihilfenaufsichtsrecht und „konkurrierenden“ Vertragskomplexen.....	157
a) Das Verhältnis zu Diskriminierungsverbot und Grundfreiheiten.....	158
b) Das Verhältnis zu den steuerlichen Vorschriften der Art. 90 und 91 EG.....	162
3. Das Beihilfenaufsichtsrecht als Teil des europäischen Wettbewerbsrechts.....	162
a) Unternehmens- und mitgliedstaatenbezogenes Wettbewerbsrecht.....	162
b) Die Anwendbarkeit des Beihilfenaufsichtsrechts auf „öffentliche Unternehmen“ gem. Art. 86 Abs. 2 EG.....	163
III. Die Binnenstruktur des Beihilfenaufsichtsrechts.....	164
1. Das im Beihilfenaufsichtsrecht normierte Regel-Ausnahme-Prinzip.....	164
a) Art. 87 Abs. 1 EG – die Regel.....	165
b) Art. 87 Abs. 2 EG – die Legalausnahmen.....	165
c) Art. 87 Abs. 3 EG – die Ermessensausnahmen.....	166
2. Die Struktur des „Beihilfenverbots“.....	167
a) Der materielle Verbotscharakter.....	168
b) Die Konkretisierungsstufen des Beihilfenverbots.....	170
c) Die Berücksichtigung mitgliedstaatlicher Interessen im Gefüge des Beihilfenrechts.....	172
IV. Zusammenfassung.....	174
B. Die Funktion des Beihilfenaufsichtsrechts.....	174
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse.....	174
II. Die grundsätzlichen funktionellen Alternativen.....	175

III. Das Beihilfenverbot im Zielsystem der europäischen Wirtschaftsordnung .....	177
1. Beihilfenrecht und europäische Wirtschaftsordnung.....	177
2. Die funktionellen Schwerpunkte des Beihilfenrechts.....	178
a) Binnenausrichtung oder Freihandelskonzept?.....	178
b) Vereinheitlichung oder Systemwettbewerb?.....	179
c) Mehr Marktfreiheit oder „nur“ Antidiskriminierung? .....	179
α) Beihilfenaufsichtsrecht und Diskriminierungsverbot? .....	179
β) Antidiskriminierung oder materielles Wettbewerbskonzept? .....	180
γ) Das Wettbewerbskonzept nach Beihilfenaufsichtsrecht und EG-Vertrag .	181
d) Desintervention oder europäische Sachpolitik? .....	182
α) Vollzug und Gestaltung.....	182
β) Rechtsgestaltung und Sachpolitik .....	183
γ) Das „gemeinsame Interesse“ als Genehmigungs- oder Versagungsmaßstab .....	184
3. Die Funktion des Beihilfenaufsichtsrechts und die Rolle der Kommission.....	185
IV. Zusammenfassung .....	186
C. Die Konkretisierung des Beihilfenverbots .....	187
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse.....	187
II. Die für die Konkretisierung wesentlichen Prinzipien des Gemeinschaftsrechts ..	187
1. Die Auslegungsgrundsätze des Gemeinschaftsrechts .....	188
a) Grammatische Auslegung .....	188
b) Historische Auslegung .....	188
c) Systematische Auslegung .....	189
d) Teleologische Auslegung .....	189
2. Allgemeine Rechtsgrundsätze des Gemeinschaftsrechts .....	189
a) Das Effizienzprinzip und die „implied-powers-Doktrin“ .....	189
b) Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung .....	190
c) Der Grundsatz gegenseitiger Rücksichtnahme .....	192
d) Das Subsidiaritätsprinzip nach dem EG-Vertrag .....	192
e) Das Verhältnismäßigkeitsprinzip .....	193
f) Transparenz, Kontinuität und Kohärenz .....	195
III. Die Konkretisierung durch Kommission und Gerichtshof .....	197
1. Auslegungs- und Konkretisierungskompetenz.....	197
a) Konkretisierung im Rahmen des „institutionellen Gleichgewichts“ zwischen Kommission und Gerichtshof .....	197
b) Konkretisierungskompetenz und Konkretisierungspflicht .....	199
2. Exekutivische Einschätzungsprärogative und richterliche Kontrolldichte .....	200
a) Das pauschal weite „Ermessen“ der Kommission.....	200
b) Tatbestandsersessen und gerichtliche Kontrolldichte.....	201
c) Materielle Konkretisierung und formelle Begründung.....	202
3. Konkretisierung durch Standardisierung des Beurteilungsermessens .....	203
a) „Standardisierung“ des Beurteilungsermessens.....	203
b) Die Vorgehensweise der Kommission .....	204
c) Standardisierung durch Verwaltungsvorschriften .....	205
α) „Zweckdienliche Maßnahmen“ .....	205
β) Autonom erlassene Verwaltungsvorschriften .....	206
d) Kritik.....	207

IV. Zusammenfassung .....	209
D. Bewertungs- und Beweisprobleme im Beihilfenrecht.....	210
I. Die Bewertung mitgliedstaatlicher Maßnahmen.....	210
1. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse .....	210
2. Der Grundsatz einer wirkungsbezogenen Betrachtungsweise .....	210
3. Die Wirkung als alleiniger Maßstab? .....	212
4. Der Zweck bei der Bewertung mitgliedstaatlicher Maßnahmen .....	213
II. Die materielle Beweislast und benachbarte Phänomene .....	215
1. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse .....	215
2. Begründungs- bzw. Beweislast und benachbarte Phänomene .....	216
a) Beweis- und Begründungslast .....	216
b) Beweislast, Amtsermittlung und Prozeßmaxime.....	217
c) Begründungslast und vermutete Kausalzusammenhänge .....	218
3. Kriterien der Beweis- bzw. Begründungslastverteilung .....	219
a) In der Literatur diskutierte Kriterien .....	220
b) Normative Kriterien der Beweislastverteilung im Beihilfenaufsichtsrecht .....	221
III. Zusammenfassung .....	222

## Kapitel 2: Die einzelnen Tatbestandsmerkmale des Art. 87 Abs. 1 EG ... 223

A. Der Begriff der „Beihilfe“ („Beihilfen gleich welcher Art“) .....	223
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse.....	223
1. Zur Terminologie – „Beihilfen“ im engeren und im weiteren Sinne .....	224
2. Die Relevanz der Bestimmung des Beihilfenbegriffs.....	225
a) Objektiv-verfassungsrechtliche Aspekte .....	225
b) Das Interesse der Mitgliedstaaten .....	226
c) Das Interesse der Marktbürger .....	227
3. Bestimmbarkeit und Bestimmungsmöglichkeiten des Beihilfenbegriffs.....	229
a) Ansätze in der Literatur.....	229
b) Ansätze von Kommission und Gerichtshof.....	230
c) Eigene Vorgehensweise .....	231
II. Die Merkmale des Beihilfenbegriffs.....	232
1. Der Subventionsbegriff als Bezugspunkt .....	233
a) Die strukturelle Ähnlichkeit von Subventions- und Beihilfenbegriff .....	233
b) Unterschiede.....	233
c) Der Subventionsbegriff als gedanklicher Kontrollmaßstab .....	234
2. Gewährungsformen und deren Relevanz .....	234
a) Typische Fälle mit Vermutungswirkung .....	235
b) Typische Fälle mit bedingter Vermutungswirkung.....	236
c) Atypische Fälle ohne Vermutungswirkung.....	236
3. Das Merkmal der Vorteilsgewährung.....	237
a) Der „Vorteil“ und dessen Rechtfertigung.....	237
b) Die Begünstigung – der Begriff des „Vorteils“ .....	238
c) Wettbewerbskonforme „Begünstigungen“ .....	239
d) Der wirtschaftliche Charakter des Vorteils .....	240
e) Die Spürbarkeit des Vorteils.....	242
4. Das Merkmal der „Freiwilligkeit“ .....	243
a) „Freiwilligkeit“ und „allgemeine Rechtspflicht“ .....	243
b) „Freiwilliges“ und „unfreiwilliges“ Staatshandeln.....	243
c) Europäische und nationale Rechtspflichten .....	244

5. Das Merkmal der „Einseitigkeit“ bzw. des „Fehlens einer Gegenleistung“ .....	246
a) Die Gegenleistung bei „privaten“ und „öffentlichen“ Gütern.....	247
b) Die fehlende Gegenseitigkeit als negatives Tatbestandsmerkmal .....	248
6. Das Merkmal fehlender „Marktadäquanz“ .....	248
a) „Marktadäquanz“ als Ausdruck „normaler Marktbedingungen“ .....	248
b) Die Bestimmung der „Norm“ .....	249
III. Die normative Feinsteuerung des Vorteilsbegriffs anhand des Merkmals „fehlende Marktadäquanz“ .....	250
1. Marktadäquanz bei vorwiegend fiskalischem Staatshandeln .....	251
a) Fiskalisches und hoheitliches Staatshandeln.....	251
b) Der Staat als „normaler“ Marktteilnehmer .....	252
c) Aktive und passive Gleichbehandlung des Staates .....	252
d) Möglichkeiten der Wirtschaftlichkeitsprüfung .....	253
α) Wirtschaftlichkeitsnachweis durch Verfahren.....	253
β) Wirtschaftlichkeitsnachweis durch materiellen Vergleich – das „Prinzip des marktwirtschaftlich handelnden Investors“ .....	254
e) Das „Ob“ und das „Wie“ fiskalischen Staatshandelns .....	256
2. Marktadäquanz bei vorwiegend hoheitlichem Staatshandeln .....	257
a) Marktadäquanz und hoheitlich handelnder Staat.....	257
b) Das „Ob“ und das „Wie“ – Marktversagen und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	257
c) Kompetenzzuordnung und Einschätzungsprerogative .....	258
d) Einzelne Funktionsbereiche hoheitlichen Staatshandelns.....	260
α) Setzung der rechtlichen Rahmenbedingungen .....	260
β) Wirtschaftliche Koordination und Gestaltung.....	261
γ) Gestaltung der außerökonomischen Bedingungen.....	261
δ) Steuer- und Abgabenerhebung .....	262
3. Marktadäquanz im fiskalisch-hoheitlichen „Mischbereich“ – insbes. im Sektor der „Daseinsvorsorge“ .....	263
a) „Gemischt“ fiskalisch-hoheitliches Handeln .....	263
b) Der Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen in der Diskussion .....	264
α) „Tatbestands-“ und „Rechtfertigungslösung“ .....	264
β) Die „Altmark Trans“-Rechtsprechung des EuGH.....	265
γ) Die Fortentwicklung der Rechtsprechung durch die Kommission .....	266
c) Der marktadäquate „Kauf“ gemeinwohlorientierter Leistungen .....	268
α) Marktadäquanz durch Ausschreibung .....	268
β) Marktadäquanz durch „Effizienztest“ .....	269
γ) Die Grenzen der „Kommerzialisierbarkeit“ öffentlicher Aufgabenerfüllung .....	270
d) Das Beihilfenrecht als normatives Regel-Ausnahme-Verhältnis .....	272
α) „Ökonomischer“ und „normativer“ Ansatz .....	272
β) Der Rechtsgedanke des Art. 86 Abs. 2 EG.....	273
γ) Die Vorgewichtung nach Art. 86 Abs. 2 EG.....	274
e) Das Verhältnis von Wirtschaftlichkeit und öffentlicher Aufgabenerfüllung .....	275
α) Die grundsätzliche Anwendbarkeit der Beihilferegeln im „gemischten“ Bereich .....	275
β) Das „Ob“ des Tätigwerdens.....	275
γ) Das „Wie“ des staatlichen Tätigwerdens .....	277



f) Gewichtung nach eher fiskalischer oder eher hoheitlicher Ausrichtung des Staatshandelns .....	278
IV. Zusammenfassung.....	279
B. Mittelherkunft und staatliche Zurechenbarkeit – „staatliche oder aus staatlichen Mitteln“ gewährte Beihilfen .....	280
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse .....	280
II. „staatlich“ und „nicht-staatlich“ im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG.....	281
III. Das Merkmal der staatlichen Zurechenbarkeit.....	282
1. Zurechenbarkeits- oder Finanzierungskriterium .....	282
a) Zurechenbarkeit durch kausale Veranlassung .....	282
b) Zurechenbarkeit durch Finanzierung.....	283
2. Die Tatbestandsvoraussetzungen nach Kommission und Gerichtshof .....	283
3. Kritische Ansätze zur Rechtsprechung des EuGH und eigene Stellungnahme .....	288
IV. Zusammenfassung.....	291
C. Das Tatbestandsmerkmal der „Selektivität“ – „die Begünstigung bestimmter Unternehmen und Produktionszweige“ .....	291
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse .....	291
II. Die einzelnen Aspekte des Selektivitätsmerkmals .....	292
1. Der Kreis der potentiellen Beihilfeempfänger .....	292
a) Begünstigter und Beihilfenempfänger .....	292
b) „Unternehmen und Produktionszweige“.....	293
c) Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Ausrichtung des Begünstigten ....	295
2. Allgemein und speziell begünstigende Wirkung .....	297
3. Das Erfordernis des „Ausnahmecharakters“ der Maßnahme .....	299
III. Zusammenfassung.....	301
D. Die Tatbestandsmerkmale der „Wettbewerbsverfälschung“ und „Handelsbeeinträchtigung“ .....	302
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse.....	302
II. Die Entwicklung in Kommissions- und Rechtsprechungspraxis .....	303
III. Kritik .....	307
1. Die Verknüpfung von Beihilfen und deren Wirkung .....	307
a) Formelles Begründungserfordernis und materielle Konkretisierung .....	307
b) Die Kausalitäten von Beihilfe, wettbewerbsverfälschender und handelsbeeinträchtigender Wirkung .....	308
2. Das Verhältnis der Tatbestandsmerkmale „Wettbewerbsverfälschung“ und „Handelsbeeinträchtigung“ zueinander .....	309
a) Die Möglichkeit und Notwendigkeit tatbestandlicher Differenzierung.....	309
b) Die jeweils unterschiedliche Abgrenzungswirkung .....	310
c) Die jeweils unterschiedliche Funktion und europarechtliche „Wertigkeit“ ..	310
IV. Das Tatbestandsmerkmal der „Wettbewerbsverfälschung“ .....	311
1. Relevanz, Schutz- und Regelungsbereich.....	311
a) Der „unverfälschte Wettbewerb“ als Schutzobjekt und Prüfungsmaßstab ....	311
b) Prüfungsgegenstand und Prüfungsumfang .....	313
a) Der kausale Konnex von Maßnahme und Wirkung .....	313
b) „Wettbewerbsgefahr“ und „Gefährdungswahrscheinlichkeit“ .....	314
2. Die Beurteilungskriterien einer Wettbewerbsverfälschung .....	315
a) Das Bestehen von relevantem Wettbewerb .....	316
a) Der sachlich relevante Markt (Produktmarkt) .....	317
b) Der zeitlich relevante Markt (insbes. „potentieller Wettbewerb“).....	319

γ) Der räumlich relevante Markt .....	319
b) Der Nachweis der Wettbewerbsverfälschung – Anforderungen an die Kausalverknüpfung .....	320
α) Typische und atypische Konstellationen .....	320
β) Angebots- und Nachfragesituation als Wettbewerbsindikator .....	322
γ) Wettbewerbs-„neutrale“ Maßnahmen .....	323
V. Das Tatbestandsmerkmal der „zwischenstaatlichen Handelsbeeinträchtigung“ ..	325
1. Relevanz, Schutz- und Regelungsbereich .....	325
a) Handelsschutz im Europa „offener Grenzen“ .....	325
b) Die „Zwischenstaatlichkeitsklausel“ als Kompetenzeröffnungsnorm .....	326
c) Der „unbeeinträchtigte Handel“ als Schutzobjekt und Prüfungsmaßstab ....	327
d) Der Regelungsbereich im Hinblick auf andere Tatbestandsmerkmale .....	328
e) Prüfungsgegenstand und Prüfungsumfang .....	330
2. Die Beurteilungskriterien der zwischenstaatlichen Handelsbeeinträchtigung .	332
a) Das Bestehen von Handel – Nachweiskriterien der Praxis .....	332
b) Die „Binnenmarktvermutung“ für die Möglichkeit stattfindenden Handels.	333
c) Die Zwischenstaatlichkeit des Handels .....	334
d) Der Nachweis der Handelsbeeinträchtigung – typische und atypische Konstellationen .....	334
VI. Das Merkmal der „Spürbarkeit“ von Wettbewerbsverfälschungen und Handelsbeeinträchtigungen .....	336
VII. Zusammenfassung.....	338
E. Begründungs- und Beweislast .....	340
I. Die Verteilung der Beweis- und Begründungslast in Art. 87 Abs. 1 EG .....	340
1. Die Beweislastverteilung bei den einzelnen Tatbestandsmerkmalen .....	340
2. Das Merkmal der „Beihilfe“ i.e.S. ....	340
a) Der Vorteil.....	340
b) Die Rechtfertigungsgründe.....	341
c) Das Merkmal der „Marktadäquanz“ .....	341
3. Die Merkmale der „Zurechenbarkeit“ und der „Selektivität“ .....	342
4. Die Merkmale der Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung.....	342
II. Beweiserleichterungen in standardisierten Modellen .....	343
1. Export- und Betriebsbeihilfen.....	343
2. Fiktion verbotener Beihilfen durch Rückschluß von der Ausnahme auf die Regel? .....	345
III. Zusammenfassung .....	346
 Schlußbetrachtung .....	347
I. „Die Vernunft“ – Grund genug für eine europäische Beihilfenaufsicht .....	347
II. Schlaglichter auf die Graubereiche des Beihilfenrechts – dessen Bestimmungsgründe und Grenzen sowie deren Bewertung .....	347
1. Das Beihilfenrecht als Normativentscheidung - Recht und Politik .....	347
2. Recht und Ökonomie – Ökonomie im Recht .....	348
3. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	351
4. Die Kompetenzfrage .....	352
5. Die Funktion der Beihilfenaufsicht .....	354

III. Die Sicherung der beihilfenrechtlichen Grenzen .....	355
1. Konkretisierung des Beihilfenaufsichtsrechts.....	355
2. Effektive Kontrolle der Beihilfenaufsicht .....	356
Literaturverzeichnis.....	359
Sachregister .....	381